

B – Was Gerechtigkeit schützt



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

Antragstext

- 1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende
2 Wetterextreme
- 3 haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen
4 mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen.
5 Für
6 viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis
7 weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute,
8 bisweilen gar existenzielle Nöte.
- 9 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn
10 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.
- 11 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa
12 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von
13 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen
14 in
15 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,
16 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.
- 17 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
18 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann
19 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand
20 ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn
21 erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für
22 klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute
23 Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in
24 Hand und bedingen einander.
- 25 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder
26 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der
27 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter*innen und
28 Erwerbslosen.
- 29 Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame Medikamente
30 und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass
31 Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass Familien und
32 alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen
33 aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen zu
34 machen.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die
32 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und
33 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem
Auskommen
34 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
35 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

36 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür
37 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür
38 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben
39 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

40 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke
41 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,
42 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die
43 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für
44 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
45 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

46 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort
47 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann
48 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells,
49 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle
50 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die
51 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische
52 Wandel die Arbeitswelt verändern.

53 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa
54 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.
55 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche
56 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat
57 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale
58 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

59 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das
60 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa
61 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter
63 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

64 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft
65 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
66 Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den Generationen,
67 Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte. So ist es
68 im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa
69 wollen wir sein.

70 1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

71 **Faire Löhne erreichen**

72 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache
73 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele
74 Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten und
75 steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen
76 Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das
77 stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre
78 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe
79 Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert
81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa
82 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere
83 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die
84 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren
85 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass
86 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU Empfehlung
den

87 Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde der
88 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen und auch

89 in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit
90 der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer
91 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen.
92 Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der
93 Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den letzten
94 Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten
95 tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen
96 Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter
97 gewährleistet ist.

98 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen. Dafür

99 wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der
100 Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den
101 Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregelungen zu beenden. Die
102 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische
103 Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-
104 Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
105 Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen
106 Betriebsräten ein.

107

108 Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas Europaea
109 (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat zu prüfen.
110 Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der Umwandlung

111 eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum Einfrieren
112 des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.
113

114 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
115 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen ein, die
116 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich
118 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger
119 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der
120 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So stärken
wir
121 auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer*innen. Zudem setzen wir
uns
122 für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt
123 ein.

124 Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung des
125 Arbeitsmarkts und der Wirtschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche
126 Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesondere in den Strukturwandelregionen
127 setzten wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte innerhalb der
128 Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur
129 Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

130 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

131 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen
132 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,
133 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht nachteilig zur
134 Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der digitalen
135 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von
136 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen Arbeitsmarkt,
137 beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu
138 verfestigen.

139 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten
140 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen profitieren vom
141 Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbreitet ist. Die EU-Kommission
142 schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer*innen in Plattformunternehmen
143 Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen
144 auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu
145 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit
146 einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy gelten.
147 Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter
148 anderem Arbeitsinspektionen stärken.

149 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
150 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
151 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die
152 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der
153 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um
154 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für
155 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

156

157 Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für
158 Arbeitnehmer*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter Arbeitsplätze
159 und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die Arbeitsbelastung
160 reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die
161 Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von
Arbeitnehmer*innen
162 um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen
163 ihren Arbeitnehmer*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf diese
164 Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den Wandel
165 mitzugestalten.

166 **Freizügigkeit einfacher machen**

167 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip
168 der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Es
169 stellt Arbeitnehmer*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es europäische
170 Antworten zu finden gilt. Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten für
171 die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der
172 nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

173 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die
174 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können
175 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die
176 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die
177 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen
178 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale
179 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die
180 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen. Das möchten wir erreichen,
indem

181 wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen
182 unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

183 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen Krankheiten
184 oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer
185 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von
186 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung
entbürokratisieren.

187 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
188 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen

189 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

190 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag
191 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Diese
192 Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen, dass
193 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell
194 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns
195 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
196 Homeoffice zu arbeiten.

197 **Ausbeutung bekämpfen**

198 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein
199 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in
200 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger*innen und
201 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,
202 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

203 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege, bei
204 Lkw-Fernfahrer*innen, bei Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir
205 sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen leben und
206 arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen Union. Damit leisten sie einen
207 substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur Aufrechterhaltung
208 unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen
209 europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in diesen
210 Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende
211 Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie
212 Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten
213 verbessern

213 sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.

214 Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen
215 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung und
216 Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Wir
217 begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwischen der ELA und den Gewerkschaften. Sie sollte
218 zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

219 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen
220 zu

220 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer
221 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten
222 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die direkt
223 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir
224 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

225 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach
226 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung
227 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die

228 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und
Unterstützungsstrukturen
229 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der
230 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen
im
231 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der
232 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun
233 effektiv umgesetzt werden.

234 **Kinderarmut abbauen**

235 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht
236 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr
237 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im
238 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches
239 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung
240 und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale
241 entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.
242 Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer
243 Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung,
244 frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und gesunder
245 Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen haben. Wir
246 wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten Maßnahmen
247 realisiert wird.
248 Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft
249 sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

250

251 Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in Deutschland
252 ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist ein
253 notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut nicht mehr
254 versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder
255 abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer Holschuld der
256 Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker voneinander
257 zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser unterstützt
258 und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

259 **Kinderrechte stärken**

260 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres
261 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die
262 Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz
der
263 Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen wir
264 weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und
265 Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um nationale

266 Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes überall
267 nutzbar zu machen.

268 **Soziale Mindeststandards verankern**

269 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe
270 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.
271 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die
272 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche
273 Mindeststandards.

274 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme
zu

275 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit
276 einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten
277 verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß
278 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute
279 Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland
280 Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

281 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

282 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen
283 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den
284 Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger*innen leitet dazu einen
285 wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden
286 und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte

287 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert viele
288 Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem europäischen
289 Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie finanzielle
290 Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von
291 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr
292 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser
293 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein
294 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und
295 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen
296 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

297

298 Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen und ein
299 System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit
300 weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen
301 berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
302 Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine
303 Verstärkung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote
304 wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder junge
305 Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.

306 Wohnen bezahlbar machen

307 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein
308 Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen gesicherte
309 Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer Wohnraum
knapp,
310 vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten
311 Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit.
312 In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für Kurzzeitvermietung
313 beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale Ungleichheit und

314 Armutsriskien, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir wollen,
315 beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, einer
316 Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische Investitionsbank
317 (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Mit
318 zusätzlichem barrierefreien und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die
Wohnungsnot.
319 Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien und
320 wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die Höhe.
321 Die europaweite Konzentration auf wenige Investor*innen auf dem Wohnungsmarkt schadet
dem
322 Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken ein. Wir
323 stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter*innen in den
324 Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres Wohnraums

325 zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor dem
326 Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten deckeln
327 und neue beschränken.
328
329 Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die knappe
330 Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen langfristige Miet-
331 und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden- und
332 Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die Bewertung von

333 Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür
334 wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen, damit
auch
335 branchenübergreifend eine Integration von CO2 sowie weiterer sozial-ökologischer Werte in
336 die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.

337 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten
338 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit
339 bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins
340 Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen den
341 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden. Dabei soll die Möglichkeit voneinander zu
342 lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen
flächendeckend
343 zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für

344 effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere, menschenwürdigere und
345 unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen Krankheiten und
346 Suchterkrankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende
Vorhaben
347 und Projekte wollen wir ausweiten .

348 2. Starke Regionen

349 **Kommunen stärken**

350 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.
351 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke
Kommunen
352 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen
353 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also
354 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das
355 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort
356 durch ausreichende Ressourcen sichern.

357 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo
358 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der
359 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt
360 gepflegt, hier kommen in Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten zusammen.
361 Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer
362 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
363 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu
364 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer
365 kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes Vergabe- und
366 Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und
367 dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit und
368 ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu entscheiden. So
369 können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Außerdem
370 soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um eine
371 wohnungsnaher Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die Rekommunalisierung
372 vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue Entscheidungsspielräume vor
373 Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Kommunen weiter dabei,
374 diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt und
375 ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

376 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle
377 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative
378 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser
379 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen
380 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus
der
381 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

382 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
383 Zivilgesellschaft
384 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir
385 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
386 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die
387 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen
388 Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und
389 Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B. Climate ADAPT). Diese
390 Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und
391 Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit
392 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der
393 Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung
394 maßgeblich und nah
395 am Alltag der Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.
396 Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler*innen und binationalen Familien durch
397 Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu
398 vereinfachen.

397 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

398 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand
399 konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur
400 Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen
401 vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen
402 Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der
403 Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich
404 in
405 seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.
406 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen
407 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.
408 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der
409 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und
410 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
411 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,
412 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.
413 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
414 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und
415 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU mit
416 einer besseren Förderung von strukturschwachen Regionen entgegenwirken. So stärken wir die
417 Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.
418 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und
419 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an
420 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds
421 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche
422 Gründer*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang weiter

422 gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den
423 Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um
424 über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu
425 fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die
426 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine
427 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und
428 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen,
429 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

430 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die
431 Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die Beantragung
432 der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl
433 der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das ändern wir,
434 indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Bekanntheit
435 zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der
436 Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische Hürden
437 abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten einführen, die
438 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien.
439 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

440 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft
441 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges
442 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
443 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen
444 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein.
445 Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen. So
446 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

447 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

448 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein zentrales
449 Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende kann die
450 ländlichen Räume näher zusammenbringen.

451 Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen schaffen.
452 Coworking-Spaces können Ortskerne wiederleben. Auch die ländlich geprägten Außenbezirke
453 der
454 Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die Menschen vor
455 Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche
455 Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die

456 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale
457 Einrichtungen

457 unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen und
458 älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie LEADER zur
459 Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter
460 stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für
461 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten Kohäsionsmitteln besser

462 verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen Räume
463 beitragen.

464

465 Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche
466 Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden. Die
467 notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren und
468 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen,
469 Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen.
470 Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die Modernisierung von
471 Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so unterstützen,
472 dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche
473 Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin wichtige
474 Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

475 **Vergaberecht modernisieren**

476 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green
477 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,
478 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien
479 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine
480 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische
481 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen
482 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische
483 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es
484 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein
485 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

486 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir
487 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der EU
488 konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für
489 öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und
490 Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und
491 mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

492 Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Grundlage
493 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen ergreift,
damit

494 Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können. Transparenz,
495 Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren bleiben
496 unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert werden.

497 Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge
498 bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die

499 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und lokale
500 Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei
501 für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten
502 Konditionen.

503 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

504 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

505 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.

506 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere
507 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen
508 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
509 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige
510 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande
gekommen

511 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und
512 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzschließungen
513 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen
514 abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die
515 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den
516 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

517 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu
518 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU
519 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie
520 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns
521 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen
522 politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen
523 Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren
524 Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

525

526

527 Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am
528 stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale
529 Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer
530 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum
531 zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
Schutzmaterialien,

532 Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo freiwillige
533 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen und
534 Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen
Entschädigungen

535 für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre Aussetzungen
536 von Patenten ein.

537

538 Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine
539 bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter
540 Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

541 Prävention stärken

542 Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer

543 Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst

544 entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken und ein
545 gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere
546 Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus und Herz-
547 Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher*innen leichter zu machen, sich
548 gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in
549 Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassoziierten
550 Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur Reduzierung
551 riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine Reduzierung
des
552 Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des
553 Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der
554 Raucher*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die bei
Werbung
555 z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch bestehen,
556 sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol, Glücksspiel
557 sowie Sportwetten Werbebeschränkungen voranzutreiben.
558 Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der Erforschung

559 von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive
560 Gesundheitsforschung stärken.
561 Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zulassung und
562 Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

563 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

564 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen
der
565 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen einer

566 Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener auftretenden
567 Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene die
568 Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B.
569 Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur
Verfügung
570 stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-
571 Sachverständigennetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns. Insbesondere für
572 Menschen mit Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein zur
573 gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in
574 Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.
575
576 Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sowie
577 Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Diese
578 Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen werden.

579 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten
580 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit
581 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert

582 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
583 Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz Leitbilder
584 für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine Reduzierung
585 industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in
586 der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und weniger
587 Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

588 Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen Pandemien, um
589 gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber transparent zur
590 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor allem
591 damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

592 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

593 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich
594 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese

595 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen
596 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass die
597 seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht länger unter
598 der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa
599 erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch
600 dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
601 besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es europaweit
602 vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum Beispiel für
603 Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen wir.

604

605 Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den
606 Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine gemeindenahe,
607 menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu erhöhen
608 und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme
vielfältig

609 sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die
610 Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten Politikfeldern
611 mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen Erkrankungen und
612 Neurodiversität. Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und ihren
613 Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für
614 psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung
ein.

615 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig
616 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die
Pandemie

617 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit
618 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und
619 Integration ein.

620 Arzneimittelversorgung sicherstellen

621 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde
622 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
623 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren
624 Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist – und
625 damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten
626 Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter
627 Arzneimittelknappheit.

628 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-
629 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die
630 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen
631 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und
diese
632 früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung bei.

633 Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu

634 entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei
635 setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit
636 unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten
637 zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach
638 Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder
639 und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung
640 medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue
641 Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein. Die
642 Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht
643 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von
644 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechtersensible
645 Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede

646 bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Studien
647 im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen, dass der
648 Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss insbesondere
649 bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der Menschen
stärker

650 berücksichtigt werden.

651 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an
652 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen
653 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt
654 werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung
655 sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte
656 Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern des
657 Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

658 Gesundheitsdaten sicher nutzen

659 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche
660 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,
661 Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die Behandlung von
662 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in
663 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb
europaweit

664 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

665 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen
666 persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der
667 Patient*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die
668 Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz bei der
669 Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent
670 unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den sensibelsten und
671 persönlichsten Daten überhaupt.

672 Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und gleichzeitig

673 keine Daten gegen den Willen der Patient*innen weiterzugeben, setzen wir bei
674 pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out) und den
675 Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für
676 gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen bessere
677 Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel

678 in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren
679 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung
der

680 Patient*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich
681 ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender Schutz vor
682 Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend

683 berücksichtigt werden.

684

685 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche
686 Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine
687 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und
688 verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen
689 Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

690 Antibiotikaresistenzen eindämmen

691 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher
692 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch
einen

693 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung
694 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen
695 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen

wie

696 Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu
Hunderttausenden

697 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente
698 Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie
699 jeweils geeignet sind.

700 nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen Einsatz
701 von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern. Zudem
702 sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung
703 mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

704 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben
705 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden
706 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten
707 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für
708 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in
709 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
710 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

711 **Eine gute Pflege sicherstellen**

712 Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine
713 bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind
714 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der
715 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in
716 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche
717 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des
718 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
719 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der
EU

720 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige
721 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.
722 Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge.
723 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn- und
724 Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld ermöglichen,
725 Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese müssen
726 attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung werden.
727 Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens-
728 und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und
729 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

730 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir
731 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der
732 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten
733 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

734 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es
wird

735 in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz
erkrankte

736 Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes
737 und aktives Leben zu ermöglichen.

738 Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den
739 europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und
740 Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende
741 Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen
wir
742 uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es
743 Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut
744 geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der Zugang zu
745 Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-
746 Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

747 **Cannabis europaweit legalisieren**

748 Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und
749 Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem
750 Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit
Drogen
751 mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die
752 organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten
753 Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin
754 zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von
755 Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite
756 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.
757 Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit
758 Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst entscheiden kann.
759 Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

760 Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die
Folgen
761 sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen
762 Gefahren für Konsument*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und
erfordern
763 soziale Maßnahmen.
764 Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen.

765 Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes
766 Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen
767 verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument*innen, die Stärkung sozialer

768 Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum
769 Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in
770 europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.

771 4. Bildung und Chancen

772 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

773 Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa
 774 vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die Förderung von
 775 akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein wichtiger
 776 Bestandteil des Bildungssystems, ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen
 777 Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen. Wenn
 778 wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den
 779 ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung von
 780 europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.

781

782 Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im Bereich Lehre
 783 und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und Schüler*innen
 784 selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne beispielsweise
 in

785 digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen
 786 Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

787 Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree) unterstützen
 wir

788 die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses, um die
 789 Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer
 Studienabschlüsse

790 („Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen
 791 zu schaffen.

792 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,
 793 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele
 794 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus
 795 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
 796 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem
 797 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen
 798 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
 799 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und
 800 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

801 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

802 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele
 803 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit
 804 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU
 805 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in
 806 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen,
 807 auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr
 808 bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger
 809 eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
 810 berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen

811 Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt mühsam
812 anerkannt werden zu müssen.

813 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,
814 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für
815 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem
816 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die
817 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu
818 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.
819 Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare
820 Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung durch
821 mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

822 **Politische Bildung gegen Desinformation**

823 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
824 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:
825 Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie vorsätzliches
826 Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend
827 und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren.
828 Ihre Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und
829 europäisch
830 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische
831 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische
832 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge
833 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur Verfügung
834 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für
835 politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.
836 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht
837 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von
838 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch
839 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren
840 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere
841 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

841 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

842 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über
843 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und
844 berufliche
845 Austausch ermöglicht.

846 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen
847 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder
848 Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für
849 Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der

849 Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen,
850 und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine
851 Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer*innen
852 einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum Wohnort
853 und zurück zu fahren.

854

855 Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine
856 Harmonisierung der Semesterzeiten an.

857 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung
858 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu
859 nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung ausbauen
860 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der Mehrkosten
861 sicherstellen.

862 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung
863 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen
864 barrierefrei zur Verfügung stellen.

865

866 Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach
867 dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

868 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm
869 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,
870 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren
871 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir
872 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

873

874 Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbetriebe möglichst vielen
875 Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

876 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick
877 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür
einsetzen,

878 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

879 5. Europas Jugend

880 **Jugend beteiligen**

881 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies
882 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche
883 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit

884 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die
885 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer
886 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
887 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.
888 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über

889 Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern, wie
890 Polen

891 oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die
892 europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.

893 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort
894 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im
895 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland
896 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür
897 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit
898 wird.

898 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter
899 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die
900 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser
901 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse
902 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen
903 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen
904 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die
905 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-
906 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen
907 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger
908 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für
909 junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an
910 nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.
911 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet
912 wird.

913 **Freiwilligendienste ausbauen**

914 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft
915 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer*innen ist
916 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,
917 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

918 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade
919 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir für
920 bessere Rahmenbedingungen wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen,
921 damit

922 Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von
923 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie
924 anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des
925 zivilgesellschaftlichen Engagements.

926 Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology)
927 ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen Austausch im
928 Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur
929 einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motivieren sich für Jobs im Klima- und
930 Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.

931 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,
 932 das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von
 933 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem
 934 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in
 935 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

936 **Europa entdecken**

937 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr
 938 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem
 939 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit
 940 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig
 941 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch
 942 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu
 943 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus
 944 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen
 945 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

946 **6. Für ein altersgerechtes Europa**

947 Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz
 948 steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance für
 949 uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren
 950 Bürger*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein.
 951 Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.
 952 Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt, dies

953 ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in ganz
 954 Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und
 955 Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum
 956 sind von Bedeutung.

957 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen
 958 Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der
 959 Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind
 960 gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.

961 Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem Lebensumfeld gesund,

962 sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden,
 963 altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können.
 964 Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie
 965 Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte und
 966 Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen,
 967 interagieren und voneinander lernen können.

968

969 Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für eine UN -
 970 Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

971 Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische Sprache
 972 kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung einer
 973 „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache erlernt
 974 werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

975 7. Verbraucherschutz

976 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

977 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger*innen.

978 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt
 979 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,
 980 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:
 981 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder
 982 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

983 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,
 984 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard
 985 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert
 986 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler
 987 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
 988 Ladetechnologien mit einschließen.

989 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
 990 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen bessere
 991 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante
 992 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

993 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
 994 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein
 995 kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung

996 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich
 mit

997 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die
 998 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-Zeiträume
 999 müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne der
 1000 Verbraucher*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue Geräte zu
 1001 kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir einen Riegel
 1002 vorschieben.

1003 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.

1004 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen

Gebrauchsgegenständen

1005 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-
 1006 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit
 1007 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein
 1008 Register für Nanopartikel.

1009 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher*innen
1010 gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit
1011 transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des
1012 Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels,
1013 sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei
1014 ihnen.

1015 Wir schützen die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von
1016 erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die
1017 Teilhabe von Verbraucher*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und
1018 vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise
1019 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1020

1021 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument*innen im Bereich
1022 medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher
1023 Verbraucher*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende Angehörige
und

1024 Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überpreuerten Produkten schützen und
ihnen

1025 den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

1026 Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glückspiel und Games im Internet, die
Nutzer

1027 zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechanismen mit Suchtpotential
1028 einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich stärker
1029 berücksichtigen.

1030 **Fahrgastrechte garantieren**

1031 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.
1032 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz
1033 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem
1034 anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen,
1035 grenzübergreifend durchgängige Fahrkarten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug
1036 attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von
Menschen

1037 mit Behinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.

1038

1039 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für
1040 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach
1041 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne des Rechts
1042 auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative
1043 Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde.

1044 Darüber hinaus sollen die Rechte von Unionsbürger*innen, insbesondere von
Grenzgänger*innen,

1045 auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für einheitliche
1046 Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte Tickets
1047 und unterbrochene Reiseketten gelten.

1048 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.
1049 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei
1050 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der
1051 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.

1052 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung
1053 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der
1054 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den Anspruch auf
1055 Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den Anspruch der
1056 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

1057 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur
1058 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine
1059 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für
1060 alle Gepäckvarianten ein.

1061 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle
1062 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

1063 **Vor Kostenfallen schützen**

1064 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche
1065 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.
1066 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,
1067 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die
1068 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.
1069 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht
1070 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für

1071 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die
1072 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast
1073 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht
1074 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen
1075 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen
1076 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen so
1077 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.